

# Außerbetriebliche Ausbildung für marktbenachteiligte Jugendliche

**Joachim Gerd Ulrich**

*Dr. rer. pol., Diplompsychologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung 1.3 „Berufsbildungsplanung“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn*

**Seit 1990 muß in den ostdeutschen Ländern ein Teil der Jugendlichen außerbetrieblich ausgebildet werden, weil Lehrstellen fehlen. Angesichts der steigenden Nachfrage ist auch in den Jahren 1995 und 1996 mit einem Defizit an betrieblichen Ausbildungsstellen zu rechnen. Der folgende Beitrag behandelt die individuellen Folgen einer außerbetrieblichen Ausbildung für die Jugendlichen und die globalen Auswirkungen auf die Verankerung des dualen Systems in diesen Ländern.**

## Bedeutung der außerbetrieblichen Ausbildung

In den westdeutschen Ländern soll die außerbetriebliche Ausbildung sozial benachteiligten oder lernbeeinträchtigten Jugendlichen eine besondere pädagogische Betreuung ermöglichen und ihnen helfen, einen Beruf zu erlernen (nach § 40c 2 AFG). Dagegen dient sie in den ostdeutschen Ländern gegenwärtig vor allem dazu, das betriebliche Lehrstellendefizit auszugleichen und erfolglosen Bewerbern eine Ausbildungschance zu eröffnen. Die Hoffnung, diese Notvariante der außerbetrieblichen Ausbildung für „Marktbenachteiligte“ werde mit zunehmender wirtschaftlicher Konsolidierung an Bedeutung verlieren, erfüllte sich bisher nicht. Zwar sank ihr Anteil am Gesamtumfang aller Neueinmündungen noch bis 1992/93 kontinuierlich (von 32 Prozent 1990/91 auf sieben Prozent 1992/93), doch konnte 1993/94 die stark

steigende Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ohne eine erneute Aufstockung des außerbetrieblichen Zusatzprogramms (auf 14 Prozent aller Neueinmündungen) nicht mehr abgedeckt werden. Die Summe aller Zugänge in eine außerbetriebliche Ausbildung für Marktbenachteiligte beläuft sich inzwischen (1990/91 bis 1993/94) auf über 75 000 Jugendliche<sup>1</sup>; ihr Bestand (Zugänge abzüglich Abgänge aufgrund von Beendigung oder Abbruch) betrug Ende September 1994 ca. 37 000.

Die Aufnahme einer außerbetrieblichen Ausbildung bedeutet nicht immer, daß die Jugendlichen ihren Beruf schwerpunktmäßig in einer Einrichtung außerhalb eines Betriebes erlernen. Eine vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) durchgeführte Untersuchung der außerbetrieblichen Maßnahmen nach § 40c 2 AFG/§ 40c 4 AFG/DDR ergab, daß „de facto mehr als ein Drittel der Maßnahmen vollständig in und von Betrieben durchgeführt wurden. 23 Prozent dieser Betriebe gehören den sogenannten Ausbildungsringen, zwölf Prozent der Treuhand an“.<sup>2</sup> Zwei Drittel bildeten neben ihren „außerbetrieblichen“ auch eigene Auszubildende aus. Die Kategorie der außerbetrieblichen Ausbildung bezieht sich insofern weniger auf den Lernort (innerhalb oder außerhalb eines Betriebes) als auf die Art der Finanzierung (voll bzw. überwiegend **betrieblich** oder aber – als ergänzendes Lehrstellenangebot – **staatlich** finanziert).

Meist aber wird die außerbetriebliche Lehre in überbetrieblichen Einrichtungen durchge-

führt, die, wie es in den Bestimmungen heißt, eine maßnahmegerechte technische und räumliche Ausstattung ebenso zu gewährleisten haben wie den „Einsatz von erfahrenem und qualifiziertem Ausbildungspersonal“.<sup>3</sup> Während der Ausbildung wird versucht, Arbeitsabläufe möglichst realitätsnah zu simulieren. Betriebspraktika sollen helfen, das Gelernte auf den „Ernstfall“ zu übertragen.

Die laufenden Kosten (Ausbildungsvergütung, Ausbildungspersonal-, Sach-, Verwaltungskosten, Prüfungsgebühren) werden von der Bundesanstalt für Arbeit (bei einer Ausbildung nach § 40c 4 AFG/DDR) bzw. vom Bund, von den Ländern und vom Europäischen Sozialfonds (im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen Ost) übernommen; von 1990 bis September 1994 flossen dafür über 1,8 Mrd. DM ab, dies sind bereits jetzt (zu einem Zeitpunkt, zu dem viele Jugendliche ihre Ausbildung erst begonnen oder noch nicht beendet haben) ca. 25 000 DM pro Einmündung.

Angesichts der besonderen Probleme von weiblichen Ausbildungsplatzbewerbern sollen vorrangig Frauen gefördert werden. Ihr Anteil betrug im letzten Vermittlungsjahr 1993/94 über 70 Prozent. Zugleich zielen die Programme darauf, insbesondere in jenen Berufen auszubilden, die als zukunftssträftig gelten, und regionale Ungleichgewichte in den neuen Ländern auszugleichen. Tatsächlich ist die regionale Bedeutung der außerbetrieblichen Ausbildung sehr unterschiedlich; ihr Anteil an allen neu abgeschlossenen Verträgen variierte im Vermittlungsjahr 1993/94 zwischen 5,8 Prozent im Arbeitsamtsbezirk Magdeburg und 35,8 Prozent im Bezirk Neubrandenburg.

Der berufliche Schwerpunkt des außerbetrieblichen Zusatzangebotes liegt vor allem bei den Dienstleistungsberufen. Bei den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen betrug der Anteil im Vermittlungsjahr

1993/94 ein Drittel, bei den kaufmännischen Berufen (Waren- und Dienstleistungskaufleute) sowie bei den Körperpflege-, Gästebetreuer-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufen über ein Fünftel. Innerhalb des gewerblich-technischen Sektors standen die meisten außerbetrieblichen Zusatzangebote für die Bau- und Baunebenberufe zur Verfügung (knapp 2 400 Plätze). Eine im Vergleich zu anderen Sektoren eher geringe Bedeutung hat die außerbetriebliche Ausbildung bei den Metallberufen; bei den Elektroberufen spielt sie so gut wie keine Rolle.

## Auswirkungen auf den Auszubildenden

### Ausbildungsverlauf

Jugendliche, die außerbetrieblich ausgebildet werden, äußern sich in der Mehrzahl zufrieden mit der Qualität ihrer Ausbildung und unterscheiden sich hierin nur wenig von jenen, die in Betrieben lernen. In einer Befragung, die das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Zusammenarbeit mit EMNID zwischen September 1993 und März 1994 durchführte und an der über 9 000 Auszubildende im dritten Lehrjahr teilnahmen, bezeichneten 74 Prozent derjenigen, die außerbetrieblich ausgebildet wurden, und 77 Prozent der betrieblichen Auszubildenden die Leistung ihrer Ausbildungsstätten als befriedigend bis sehr gut. Die insgesamt recht positiven Wertungen stehen im Einklang mit den Befunden einer 1994 durchgeführten Untersuchung des IAB sowie einer kleineren Studie, die im selben Jahr im Raum Jena stattfand.<sup>4</sup>

Allerdings verbergen sich hinter dem ähnlichen Gesamturteil von außerbetrieblichen und betrieblichen Auszubildenden unterschiedliche Bewertungen von Einzelaspekten.

Außerbetriebliche Auszubildende sehen seltener Mängel in der Organisation und Planung des Ausbildungsgeschehens, zeigen sich insgesamt zufriedener mit der Ausstattung ihrer Einrichtungen und berichten öfter von einem besonders hohen Engagement ihrer Ausbilder. Jedoch benennen sie häufiger Defizite bei der Förderung von Eigeninitiative, Flexibilität, Verantwortungsbewußtsein, Ausdauer sowie Kollegialität und fühlen sich auch öfter nicht richtig ausgelastet.<sup>5</sup> Solche Mängel registrieren insbesondere Jugendliche mit mittleren oder noch höheren Schulabschlüssen. Auszubildende mit einem Abschluß unterhalb der 10. Klasse äußern in dieser Hinsicht deutlich seltener Kritik.

Im Vergleich zu den Betrieben schneidet das soziale Klima in außerbetrieblichen Einrichtungen ungünstiger ab; dies gilt, wie eine aktuelle BIBB-Studie ergab, insbesondere für den Umgang der Jugendlichen untereinander.<sup>6</sup> Die oben geschilderten Defizite bei den Schlüsselqualifikationen dürften nicht nur ein Indikator für die größeren didaktischen Schwierigkeiten sein, solche grundlegenden Fertigkeiten in einer Lernsituation außerhalb der realen Arbeitswelt zu fördern. Vielmehr scheint sich in ihnen auch die besondere sozialpsychologische Situation vieler Maßnahmenteilnehmer/-innen widerzuspiegeln (Orientierungs-, Identitäts-, Autoritätsprobleme).<sup>7</sup>

Viele der außerbetrieblichen Auszubildenden fühlen sich finanziell benachteiligt, da sie rechtlich nicht als Arbeitnehmer eingestuft werden und für sie die tarifvertraglichen Regelungen zur Ausbildungsvergütung keine Anwendung finden. So erhielten sie beispielsweise 1994 im Durchschnitt weniger als 500 DM monatlich, während die mittlere betriebliche Ausbildungsvergütung im IHK-Bereich über 900 DM und in den Berufen des Bauhauptgewerbes sogar knapp 1 300 DM betrug.<sup>8</sup> Da die Ausbildung außerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes bzw. Personalvertretungsgesetzes stattfindet, wird zudem der

Aufbau sozialer und betriebspolitischer Kompetenzen behindert, etwa im Zusammenhang mit der Regelung von Konflikten oder im Rahmen der Organisation von Arbeitnehmerinteressen.

Trotz der spezifischen Nachteile wechseln außerbetriebliche Auszubildende nur selten während ihrer Ausbildung in ein betriebliches Lehrverhältnis. Eine Bestandsaufnahme der Gemeinschaftsinitiative 1993 zum Stichtag 31. 5. 1995 zeigt, daß 20 Monate nach Start des Programms drei Viertel der insgesamt 9 700 Maßnahmenteilnehmer/-innen weiterhin außerbetrieblich ausgebildet wurden. Lediglich 4,7 Prozent waren inzwischen in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis eingemündet.<sup>9</sup>

Dafür mögen vor allem fehlende betriebliche Alternativen verantwortlich sein; eine 1993 durchgeführte Befragung des IAB von über 3 000 außerbetrieblichen Auszubildenden belegt aber auch, daß ein beträchtlicher Teil der Jugendlichen von sich aus nicht mehr (ein knappes Viertel) oder nur „vielleicht“ (45 Prozent) bereit wäre, bei gegebener Möglichkeit in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis zu wechseln.<sup>10</sup> Gewöhnungseffekte scheinen hier ebenso eine Rolle zu spielen wie die Zufriedenheit mit der fachlichen Qualität der Ausbildung und, in einigen Fällen, die Angst vor der Konfrontation mit den Bedingungen der Arbeitswelt. Eine Ursache für die geringe Mobilität dürfte aber auch mit den finanziellen Förderbedingungen zusammenhängen, nach denen die Zuschüsse zu den Personalkosten der außerbetrieblichen Ausbildungsträger teilnehmerzahlbezogen erfolgen und bei Unterschreiten bestimmter Mindestzahlen anteilmäßige Kürzungen vorgenommen werden.

Vor diesem Hintergrund kann es für die außerbetrieblichen Ausbildungsstätten nur wenig attraktiv sein, sich in Zusammenarbeit mit den lokalen Betrieben verstärkt um betriebliche Vermittlungen ihrer Auszubildenden zu bemühen.

Knapp 2 000 bzw. 20,2 Prozent der Teilnehmer/-innen an der Gemeinschaftsinitiative 1993 hatten ihre Ausbildung bis zum 31. 5. 1995 abgebrochen. Offenbar ist die Neigung zum Abbruch bei einer außerbetrieblichen Lehre erhöht.<sup>11</sup> Die Ursachen sind in den oben geschilderten Nachteilen und in dem Umstand zu suchen, daß außerbetriebliche Auszubildende seltener als betriebliche ihren Wunschberuf erlernen.<sup>12</sup> Nicht minder gewichtig dürften aber die geringen Arbeitsmarktchancen sein, die, wie die Leipziger Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) sehr deutlich vor Augen führt, von den Auszubildenden „besonders viel Willen und Gelassenheit“ abverlangen, ihre Lehre dennoch abzuschließen.<sup>13</sup>

### Arbeitsmarktchancen

Nur selten erhalten außerbetriebliche Auszubildende Übernahme- oder Vermittlungsangebote. Sieht man von denen ab, die z. B. im Rahmen von Ausbildungsringen durchgehend in Betrieben lernen, so haben die Jugendlichen während ihrer Lehre nur über Praktika phasenweise Kontakt zu potentiellen Arbeitgebern. Hinzu kommt, daß außerbetriebliche Auszubildende überproportional stark in strukturschwachen Regionen zu finden sind, in denen die allgemeinen Beschäftigungschancen ohnehin unterdurchschnittlich ausfallen. Dementsprechend findet nur eine Minderheit Eingang in den erlernten Beruf; die Quote der Arbeitslosigkeit nach Ausbildungsabschluß ist überdurchschnittlich hoch.

### Ausmaß der Arbeitslosigkeit nach der Lehre

In einer vom BIBB Ende 1993 durchgeführten Befragung von über 400 Absolventen der Jahre 1992/93 (Ausbildungsbeginn: 1989) gaben 25 Prozent der überwiegend außerbetrieblich ausgebildeten Fachkräfte an, gegenwärtig arbeitslos zu sein; nur 23 Prozent arbeiteten im erlernten oder in einem anderen Fachberuf, weitere zwölf Prozent waren als

Angelehrte beschäftigt. Zwischen dem Ausbildungsende und dem Untersuchungszeitpunkt lagen im Mittel etwa elf Monate. Die Arbeitslosenquote bei den (überwiegend) betrieblich ausgebildeten Jugendlichen lag dagegen bei 14 Prozent; 53 Prozent waren im erlernten Beruf bzw. in einem anderen Fachberuf beschäftigt.<sup>14</sup> Zu vergleichbaren Ergebnissen gelangt eine aktuelle Studie des IAB. Demnach waren von den außerbetrieblichen Absolventen des Jahres 1994 „drei bis neun Monate nach Ausbildungsende nur 37 Prozent erwerbstätig, 40 Prozent hingegen arbeitslos“.<sup>15</sup> Unter den Frauen war sogar über die Hälfte ohne Beschäftigung.

### Berufsspezifische Einflüsse auf die Beschäftigungschancen

Eine Schwierigkeit bei der Evaluierung der außerbetrieblichen Lehre resultiert daraus, daß sie durch eine vom Durchschnitt abweichende Berufsstruktur gekennzeichnet ist: Deutlich dominiert der Dienstleistungssektor gegenüber dem gewerblich-technischen Bereich. Dies macht es nicht leicht, zu beurteilen, ob die insgesamt geringeren Arbeitsmarktchancen ihre Ursache in der besonderen Form dieser betriebsfern(er)en Ausbildung finden oder aber (auch) berufsspezifische Gründe haben. Ein genaueres Urteil ist nur möglich, indem nicht nur global zwischen außerbetrieblicher und betrieblicher Lehre unterschieden, sondern diese Differenzierung auch innerhalb verschiedener Berufe vorgenommen wird. Dabei lassen sich in Hinblick auf die Arbeitsmarktchancen sowohl ein spezifischer Effekt zu Lasten der außerbetrieblichen Ausbildung als auch ein genuin berufsbezogener Effekt belegen.

So beurteilten in der BIBB-Studie Jugendliche, die außerbetrieblich zu Gärtnern/-innen, Bürofachkräften, Floristen/-innen, Hauswirtschafter/-innen oder Einzelhandelskaufleuten ausgebildet wurden, ihre Arbeitsmarktchancen mit Abstand schlechter als ihre Kollegen/-innen aus denselben Berufen, die in Betrieben lernten.<sup>16</sup> Während unter den

außerbetrieblichen Auszubildenden je nach Berufsgruppe zwischen 39 und 58 Prozent von nur geringen Chancen sprachen, variierten die Anteile bei ihren betrieblichen Kollegen/-innen lediglich zwischen 17 und 24 Prozent. Andererseits – und hierin drückt sich der genuin berufsspezifische Effekt aus – äußerten sich außerbetriebliche Auszubildende aus Berufen des Hotel- und Gaststättengewerbes (Hotel-, Restaurantfachleute, Köche/-innen) wesentlich optimistischer als die außerbetrieblichen Auszubildenden der oben aufgeführten Berufe: Von ihnen gingen nur vier bis 22 Prozent von ungünstigen Verwertungsmöglichkeiten ihrer Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt aus.<sup>17</sup>

### **Betriebspraktika und Arbeitsmarktchancen**

Als Instrument zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von außerbetrieblichen Auszubildenden gelten betriebliche Praktika.<sup>18</sup> 60 Prozent der Befragten aus der BIBB-Untersuchung gaben an, bereits an Praktika teilgenommen zu haben; weitere fünf Prozent sagten, eine Teilnahme sei zumindest geplant. Eine positive Beziehung zwischen der Gesamtdauer der Praktikaphasen und der Einschätzung der Arbeitsmarktchancen durch die befragten Auszubildenden ließ sich allerdings für die Gesamtgruppe nicht und für einzelne Berufsgruppen nur sehr partiell nachweisen. Möglicherweise ist hier weniger die Dauer entscheidend als die Zahl der Betriebe, zu denen im Rahmen der Praktika Kontakt aufgenommen wird. In Einzelfällen mögen die Arbeitsmarktchancen von außerbetrieblichen Auszubildenden, die im Rahmen ihrer Praktika mehrere Kontakte zu verschiedenen Unternehmen aufbauen konnten, sogar besser sein als die ihrer betrieblichen Kollegen/-innen, die kein Übernahmeangebot erhalten, gleichwohl nur ihren Ausbildungsbetrieb kennengelernt haben.<sup>19</sup>

### **Verbesserung der Chancen durch überdurchschnittliche Leistungen**

Zum Teil können die außerbetrieblichen Auszubildenden ihre Arbeitsmarktchancen

durch überdurchschnittliche Schulabschlüsse bzw. durch besondere Leistungen bei der Ausbildungsabschlußprüfung beeinflussen. So ergab die 1994 durchgeführte IAB-Studie, daß ein bis anderthalb Jahre nach Ausbildungsabschluß Absolventen bis einschließlich Hauptschulabschluß deutlich öfter als Fachkräfte mit mittlerem Schulabschluß oder Abitur arbeitslos waren.<sup>20</sup> Im Rahmen der Absolventen-Befragung des BIBB ließen sich für die Befragten, die angaben, überwiegend außerbetrieblich ausgebildet worden zu sein, statistisch signifikante Einflüsse der Prüfungsnote auf den beruflichen Status zum Zeitpunkt der Untersuchung nachweisen. Bessere Noten halfen zwar nicht, die Gefahr der Arbeitslosigkeit unmittelbar nach Ausbildungsende einzudämmen<sup>21</sup>, doch trugen sie signifikant zum Abbau eingetretener Arbeitslosigkeit<sup>22</sup> sowie zur nachträglichen Einmündung in eine Beschäftigung im erlernten Beruf<sup>23</sup> bei.

## **Die außerbetriebliche Ausbildung in der bildungspolitischen Diskussion**

Die oben genannten Untersuchungen weisen auf die Probleme hin, die für die Jugendlichen mit einer außerbetrieblichen Ausbildung einhergehen: Hervorzuheben sind vor allem geschlechtsspezifische Benachteiligungen, berufsbezogene Kompromisse bei der Einmündung in die Lehre (seltener Ausbildung im Wunschberuf), finanzielle Nachteile und die geringeren Arbeitsmarktchancen.

Die Studien zeigen aber auch, daß es bei der Bewertung dieser Ausbildungsform einer differenzierten Einschätzung bedarf. So eröffnet der Arbeitsmarkt den außerbetrieblichen Ausbildungsabsolventen je nach Ausbildungsberuf unterschiedliche Perspektiven. Und auch die Qualität der außerbetrieblichen Ausbildung ist differenziert zu werten: Zwar scheint die Vermittlung überfachlicher Schlüsselqualifikationen erschwert zu sein,

doch bilden die fachliche Ausbildung, das Engagement des Lehrpersonals und die Ausstattung der außerbetrieblichen Ausbildungsstätten Punkte, die die außerbetrieblichen Auszubildenden zum Teil positiver einstufen als ihre Kollegen/-innen in den Betrieben. Die insgesamt geringeren Beschäftigungschancen lassen sich allerdings dadurch kaum auffangen.

Der gesellschaftliche Nutzen der außerbetrieblichen Ausbildung wird vor allem in der Sicherstellung einer beruflichen Qualifikation, in der Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit und der Kompensation der besonderen Lehrstellenprobleme von jungen Frauen gesehen. Gleichwohl besteht die Gefahr, daß sich dieser Nutzen langfristig als Pyrrhuserfolg entpuppt. Denn über eine längere Phase der vom Staat finanzierten außerbetrieblichen Ausbildung drohen Negativeffekte auf die Bereitschaft der Betriebe auszustrahlen, in eigener Regie die Verantwortung und die Kosten für den betrieblichen Teil der Ausbildung zu tragen.<sup>24</sup> Die duale Ausbildung in den Betrieben könnte zunehmend als staatliche (Finanzierungs-)Aufgabe und nicht als genuine Aufgabe der Unternehmen verstanden werden. Im Jahr 1993/94 wurden in den neuen Ländern bereits 60 Prozent der neuen Ausbildungsverträge staatlich subventioniert, sei es in Form von Prämien für Betriebe, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, oder in Form der für den Staat noch deutlich kostspieligeren außerbetrieblichen Ausbildung.

In der bildungspolitischen Diskussion herrscht deshalb weitgehend Einigkeit, daß die außerbetriebliche Ausbildung zurückgefahren werden sollte, um das duale System nicht weiter zu destabilisieren. Gleichwohl zeichnet sich ein Dilemma ab: Für die beiden kommenden Jahre ist erneut mit einer deutlichen Steigerung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu rechnen. Allein in den ersten acht Monaten des Vermittlungsjahres 1994/95 meldeten sich bei den Arbeitsämtern

170 000 Bewerber; dies sind 21 500 bzw. 14,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der besetzbaren betrieblichen Ausbildungsstellen stieg dagegen nur leicht an (+ 1,7 Prozent) und lag bei 72 600, so daß sich die Schere zwischen Angebot und Nachfrage weiter öffnete.<sup>25</sup>

## Alternativen zur außerbetrieblichen Ausbildung

Zur Zeit werden verschiedene Konzepte erörtert, wie der großen Nachfrage entsprochen werden könnte, ohne wiederum auf die außerbetriebliche Ausbildung zurückgreifen zu müssen. In der Diskussion sind:

- der verstärkte Einsatz des Berufsgrundbildungsjahres als erstes Jahr der Lehre (um den Ausbildungszyklus in den Betrieben von durchschnittlich drei auf zwei Jahre zu verringern und damit die Zahl der jährlich angebotenen Ausbildungsplätze zu erhöhen);
- eine zeitweilige Übertragung des betrieblichen Teils der kaufmännischen Berufsausbildung auf die Berufsschulen (so der Vorschlag des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen);
- die Einführung einer Umlagefinanzierung (so insbesondere die Forderung der Gewerkschaften), um nichtausbildende Betriebe an den Ausbildungskosten zu beteiligen und die Motivation zur Ausbildung zu erhöhen;
- die Organisation von Ausbildungsverbänden, bei denen sich mehrere Unternehmen zusammenschließen und einen Teil ihrer Ausbildungsverantwortung an den Verbund delegieren. Dies kann im Rahmen eines organisierten Durchlaufs der Auszubildenden durch die verschiedenen Betriebe oder über die Etablierung einer zentralen Bildungseinrichtung geschehen, die gezielt bestimmte Ausbildungsinhalte vermittelt und eventuell auch Personalplanungsaufgaben (z. B. Anwerbung und Auswahl von Ausbildungsplatzinteressenten) übernimmt. Den Betrieben obliegen in diesem Fall die praktischen Ausbildungsphasen, die für sie leichter zu

organisieren und auch unter Ertragsaspekten besonders interessant sind.<sup>26</sup>

Weitgehenden Konsens unter den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen sowie unter den staatlichen Bildungspolitikern hat bisher die Idee der Verbundausbildung gefunden. Es bleibt abzuwarten, in welchem Ausmaß hierüber neue Ausbildungsplätze erschlossen werden können.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Die Zahl der sozial benachteiligten oder lernbeeinträchtigten Jugendlichen, die zwischen 1990/91 und 1993/94 mit einer außerbetrieblichen Vollausbildung nach § 40 c 2 AFG begannen, beträgt 22 000.

<sup>2</sup> Rauch, A.: Ein Jahr danach – Verbleib von außerbetrieblich ausgebildeten jungen Fachkräften in den neuen Ländern. In: ÜAG Jena (Hrsg.): Jugend und ihre Chancen in den Übergangsphasen Schule-Beruf-Arbeitsmarkt im regionalen Kontext. Ergebnisse und Beiträge der Fachtagung November 1994, S. 90–96

<sup>3</sup> Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten E. Fischer u. a. in der Sitzung vom 22. 7. 94: Situation auf dem Ausbildungsmarkt in den neuen Ländern und Maßnahmen zur Einhaltung der vom Bundeskanzler versprochenen Ausbildungsgarantie. Bundestags-Drucksache 12/8226

<sup>4</sup> Vgl. Rauch, A.: Ein Jahr danach . . . , a. a. O. Vgl. auch Köhler, K.; Haushälter, A.; Rogowski, P.: Jugend und ihre Chancen in den Übergangsphasen Schule-Beruf-Arbeitsmarkt in der Region Jena. In: ÜAG Jena (Hrsg.): Jugend und ihre Chancen . . . , a. a. O., S. 2–38

<sup>5</sup> Vgl. Ulrich, J. G.: Duale Berufsausbildung in den neuen Bundesländern – Wie die Auszubildenden sie sehen. In: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 15/95, 12. April 1995, S. 1349–1361

<sup>6</sup> Vgl. Beer, D.; Granato, M.; Schweikert, K.: In der Mitte der Ausbildung. Auszubildende in den neuen Bundesländern (Zwischenbericht Nr. 4 aus dem FP 1.5009). BIBB, Berlin 1995

<sup>7</sup> Diese mag wiederum dadurch mitbedingt sein, daß sich in der außerbetrieblichen Ausbildung zum Teil Jugendliche mit unterdurchschnittlicher Eingangsqualifikation befinden. Alle drei Faktoren (die didaktische Problematik, die psychologische Situation einer betriebsfernen Ausbildung sowie die Eingangsqualifikation der Jugendlichen) dürften in ihrer Auswirkung auf den Ausbildungserfolg interagieren; eine isolierte Bestimmung der Effektstärken der einzelnen Faktoren ist äußerst schwierig.

<sup>8</sup> Vgl. Beicht, U.: Tarifliche Ausbildungsvergütungen 1994 in West und Ost. Unveröff. Manuskript. Bonn: BIBB, 1995

<sup>9</sup> Vgl. Bundesanstalt für Arbeit: Berufsberatung. Statistik über die Gemeinschaftsinitiative. Nürnberg, im Juni 1995

<sup>10</sup> Vgl. Rauch, A.: Ein Jahr danach . . . , a. a. O., S. 93f.

<sup>11</sup> Vergleichszahlen zum Abbruchverhalten insgesamt liegen aus dem Jahr 1992 vor. In diesem Jahr betrug die Abbrecherquote in den neuen Ländern 22,4 Prozent. Dabei entfiel etwa die Hälfte der Vertragslösungen auf das erste Ausbildungsjahr, ein weiteres Viertel auf das zweite, so daß die Abbrecherquote in den ersten 20 Monaten der Lehre kaum über 16 Prozent hinausreichen dürfte. Bei einer Bewertung der außerbetrieblichen Abbrecherrate ist zudem zu berücksichtigen, daß Vertragslösungen aufgrund einer Liquidation der Ausbildungsstätte – wie sie im Rahmen der betrieblichen Lehre im Jahr 1992 eine Rolle spielten – bei einer außerbetrieblichen Ausbildung deutlich seltener vorkommen dürften.

<sup>12</sup> Vgl. Rauch, A.: Ein Jahr danach . . . , a. a. O., S. 93; Köhler, K. u. a.: Jugend und ihre Chancen . . . , a. a. O., S. 25; Ulrich, J. G.: Duale Ausbildung . . . , a. a. O., S. 1360

<sup>13</sup> Vgl. Bertram, B.: Berufswege im Systemübergang. In: Bertram, B. u. a. (Hrsg.): Gelungener Start – unsichere Zukunft. München 1994. S. 219–275

<sup>14</sup> Vgl. Ulrich, J. G.; Westhoff, G.: Die Ausbildung absolviert, den Umbruch auch? In: BWP 23 (1994) 4, S. 16–21

<sup>15</sup> Vgl. Schober, K.: Keine Entwarnung an der zweiten Schwelle. IAB-Kurzbericht Nr. 5 vom 25. 4. 1995

<sup>16</sup> Unter den außerbetrieblichen Probanden befanden sich auch, ohne daß ihr Anteil exakt quantifiziert werden kann, Teilnehmer nach § 40 c 2 AFG. Ihre Zahl dürfte jedoch sehr begrenzt sein, da 1991, als die meisten der hier Befragten mit ihrer Lehre angingen, nur jeder zwölfte außerbetriebliche Ausbildungsbeginner in eine solche Maßnahme einmündete. Dafür spricht auch, daß fast vier Fünftel aller außerbetrieblichen Untersuchungsteilnehmer mindestens den Abschluß der 10. Klasse besaßen.

<sup>17</sup> Die Anteile bei den betrieblichen Auszubildenden aus den Berufen des Hotel- und Gaststättengewerbes, die von nur geringen Arbeitsmarktchancen sprachen, lagen zwischen sieben und zehn Prozent.

<sup>18</sup> Vgl. Antwort der Bundesregierung . . . , a. a. O.

<sup>19</sup> Für diesen Hinweis danke ich Frau K. Köhler, Überbetriebliche Ausbildungsgesellschaft Jena.

<sup>20</sup> Vgl. Rauch, A.: Ein Jahr danach . . . , a. a. O., S. 95

<sup>21</sup>  $\tau = + 0,03$  ( $p = 0,411$ )

<sup>22</sup>  $\tau = + 0,30$  ( $p = 0,039$ )

<sup>23</sup>  $\tau = + 0,29$  ( $p = 0,046$ )

<sup>24</sup> Schmidt, H.: Außerbetriebliche Ausbildung in den neuen Ländern – nur eine Notlösung? In: BWP 23 (1994) 4, S. 1–2

<sup>25</sup> Vgl. Bundesanstalt für Arbeit: Berufsberatung. Ausbildungsstellenmarkt. Berichtsmonat: Mai 1995. Nürnberg 1995

<sup>26</sup> Vgl. Bergmann, M.: Ausbildungsverbund – eine Chance für mehr betriebliche Ausbildungsplätze. In: Kompetenz, Heft 14, Berlin, Bonn 1995, S. 2.49–2.56